

dbb Hessen Nachrichten

NUMMER 11/2020

URLAUB GEPLANT?

Auch auf Druck einiger Nachbarländer will Außenminister Heiko Maas wohl die generelle weltweite Reisewarnung für 31 europäische Länder in den nächsten Tagen aufheben. Der Sommerurlaub kann kommen, zumal Lufthansa und Condor ja auch gerettet sind. Ob es tatsächlich klug ist, inmitten der Pandemie zu verreisen, muss freilich jeder selbst wissen. Wir wünschen bei der Entscheidung eine gute Hand.

Alltag: Corona und Gewalt



Anschlag auf Polizistin mit Blumenkübel

Das Thema Gewalt gegen Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes ist zurück auf der Agenda. Zum Angriff auf eine Polizistin vor ein paar Tagen in Frankfurt verschickte der dbb Hessen Folgendes:

Der dbb Hessen verurteilt den Anschlag auf das Leben einer Polizistin scharf. Am frühen Sonntag war eine Polizistin nur knapp einem Mordversuch entgangen, nachdem ein Unbekannter einen 20 Kilogramm schweren Blumenkübel vom Eisernen Steg aus sieben Metern Höhe auf die Polizistin herabgeworfen und diese nur knapp verfehlt hatte. „Wir hoffen sehr, dass es gelingt, diesen feigen Anschlag aufzuklären und den Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen“, sagt der Vorsitzende des dbb Hessen, Heini Schmitt.

Mit diesem Angriff, bei dem der Täter den Tod eines Menschen billigend in Kauf nahm, wurde ganz klar selbst die letzte Grenze überschritten. „Nach den bisher bekannten Umständen muss davon ausgegangen werden, dass mit diesem Angriff schwerste Verletzungen oder der Tod herbeigeführt werden sollten.“

Gewalt gegen Polizisten, aber auch generell gegen Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes hat in den vergangenen Jahren besorgniserregend zugenommen. Das bestätigt eine Studie, die der dbb Hessen gemeinsam mit der Uni Gießen erstellt und im Februar vorgestellt hatte. Polizisten und Rettungskräfte sind bei Weitem nicht die einzigen Berufsgruppen des Öffentlichen Dienstes, die sich zunehmend Gewalt und Beleidigungen ausgesetzt sehen. Auch Gerichtsvollzieher und Beamte im Justizvollzug werden immer häufiger zur Zielscheibe. Erst im Februar hatte ein Mann auf einen Gerichtsvollzieher geschossen, als der seiner Tätigkeit nachging.

Der dbb Hessen fordert schon lange von der Politik, Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes besser vor Gewalt und Beleidigungen zu schützen. 2018 hatte der dbb Hessen einen Pakt mit den damaligen Landtagsfraktionen geschlossen. Daraus gibt es weiterhin noch Einiges zu tun, wenngleich die ersten Dinge sind auf den Weg gebracht. „Wir hoffen, dass die Politik trotz aller wichtigen Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie das Thema Gewalt gegen Beschäftigte im Öffentlichen Dienst nicht aus den Augen verliert und dieses wieder weiter nach oben auf der Agenda rückt“, findet Heini Schmitt. (Bildquelle: Polizei Frankfurt)

Zum Bericht auf [hessenschau.de](https://www.hessenschau.de):

<https://www.hessenschau.de/panorama/tatort-eiserner-steg-20-kilo-kuebel-verfehlt-polizistin-nur-haarscharf,kuebel-auf-polizistin-102.html>

Rettungskräfte in Dietzenbach werden in Hinterhalt gelockt

„Es ist bereits der zweite schwere Angriff auf Einsatzkräfte binnen einer Woche. Die Gewaltspirale dreht sich ungehemmt weiter“, sagt Heini Schmitt, Landesvorsitzender des dbb Hessen zu den nächtlichen Randalen in Dietzenbach.

Dort war es in der Nacht zu einem großen Feuerwehr- und Polizeieinsatz gekommen. Etwa 50 Männer hatten laut Medienberichten kurz nach Mitternacht Mülltonnen und einen Bagger angezündet. Als Feuerwehr und Polizei eintrafen, wurden sie von der gewaltbereiten Gruppe mit Steinen beworfen. "Wir gehen davon aus, dass die Feuer nur gelegt wurden, um die Einsatzkräfte anzulocken", sagte ein Polizeisprecher gegenüber der Hessenschau. Die Brandstifter hatten sich nach Polizeiangaben bereits Steinhäufen zurechtgelegt.

Erst vergangenen Sonntag war eine Polizistin in Frankfurt nur durch Glück dem Tode entronnen, nachdem ein Mann einen 20 Kilo schweren Blumenkübel vom Eisernen Steg auf sie herabfallen ließ und sie nur knapp verfehlte.

„Diese Tat war für uns eindeutig der Versuch, der Kollegin schwerste Verletzungen beizubringen oder sie zu töten“, sagt Heini Schmitt.

Allem Anschein nach hat der Vorfall in Dietzenbach in der vergangenen Nacht eine Vorgeschichte. Erst am Dienstag wurden dort ganze Lkw-Ladungen an Diebesgut sichergestellt. Es ist naheliegend, dass die Täter von vergangener Nacht eine Botschaft senden wollten, nach dem Motto: „Der Staat hat sich aus unserem Viertel rauszuhalten! Wenn bei uns die Polizei durchsucht und Diebesgut sicherstellt, dann provoziert das eine Reaktion!“ Es ist auch hinlänglich bekannt, dass es seit vielen Jahren in Dietzenbach große Probleme gibt, wenn staatliche Bedienstete vor Ort Amtshandlungen vornehmen wollen.

Insofern muss man auch nüchtern feststellen, dass, egal, wer da in dieser Nacht auch nur zufällig als Repräsentant des Staates wahrgenommen worden wäre, sich in erheblicher Gefahr befunden hätte.

„Das ist weit mehr als nur Krawall. Hier sollen Einsatzkräfte vorsätzlich in Gefahr gebracht oder gar verletzt werden. Solche Exzesse dürfen nicht länger toleriert werden“, sagt er. „Derlei Vorkommnisse müssen von der Justiz konsequent verfolgt und auch geahndet werden, um eine abschreckende Wirkung zu entfalten.“

Position dbb Hessen zur Abweichungs-VO Arbeitszeit und Urlaub

Der dbb Hessen begrüßt, dass seitens der Landesregierung nun beabsichtigt ist, sowohl die Kappungsgrenzen bzgl. der täglichen und der monatlichen Arbeitszeit – soweit Überschreitungen Corona-bedingt erfolgen – auszusetzen und das Verfallsdatum für den Erholungsurlaub aus dem Jahr 2019 bis zum 31.3.2021 zu verschieben. Gleiches gilt für die Umwandlung von Urlaub, LAK und Mehrarbeitsstunden, soweit ein Abbau vor Beendigung des Beamtenverhältnisses nicht möglich ist.

Kritisch sehen wir allerdings, dass hinsichtlich der Übertragung von Stundenkontingenten in den Folgemonat (§ 4 Abs. 2 Satz 2 HAZVO i.V.m. § 1 Abs. 2 Abweichungsverordnung) nicht nur die Überschreitung des positiven Gleitzeitguthabens über 40 Stunden hinaus übertragbar sein sollen, sondern auch Minusstunden im Umfang von mehr als 20 Minusstunden. Hier sehen wir die große Gefahr, dass ein derartiges Stundenminus tatsächlich nicht – schon gar nicht zeitnah - ausgeglichen werden kann, ohne weitere Verstöße gegen Arbeitszeitregeln auszulösen. Der Ausgleich von Minusstunden in diesem Umfang ist faktisch nur durch regelmäßiges Überschreiten der wöchentlichen Höchstarbeitszeit möglich, soweit er zeitnah bzw. zu dem benannten Fristende herbeigeführt werden soll.

Wir geben darüber hinaus zu bedenken, dass die Begründung zu § 1 Abs. 2 dieser Abweichungsverordnung falsch interpretiert werden könnte. Dort wurde formuliert, Zitat:



„Zugleich kann es notwendig sein, denjenigen Beamtinnen und Beamten entgegenzukommen, die aufgrund der Auswirkungen der Krise ihre festgelegte Soll-Arbeitszeit nicht erfüllen können und daher mehr als 20 Minusstunden innerhalb eines Kalendermonates/Abrechnungszeitraums anhäufen müssen.“

Und: „ Zugleich hat der Dienstherr im Rahmen seiner Fürsorgepflicht zu verhindern, dass über einen längerfristigen Zeitraum unbegrenzt Minusstunden auf dem Gleitzeitkonto angehäuft werden. Für die Betroffenen muss es realistisch bleiben, die angehäuften Minusstunden in absehbarer Zeit ausgleichen zu können. Ggfs. ist durch die Dienststelle auf eine vorübergehende Reduzierung der Arbeitszeit hinzuwirken.“

Das Beamtenverhältnis ist grundsätzlich ein Vollzeitbeschäftigungsverhältnis, d.h. der Dienstherr hat den Beamten/die Beamtin dem zeitlichen Umfang entsprechend Aufgaben zu übertragen. Soweit die festgelegte Soll-Arbeitszeit nicht erbracht werden kann, z.B. weil die Behörde den Dienstbetrieb beschränkt hat und einzelne Aufgabenbereiche geschlossen wurden, so ist der/die Beamte*innen umzusetzen. Ist das nicht möglich, bleibt nur die Freistellung. Zeitbuchungen ins Minus oder gar das Streichen von Mehrarbeits- und Gleitzeitguthaben halten wir in diesem Kontext für unzulässig, zumal ein Ausgleich kaum möglich sein wird.

Soweit persönliche Gründe gegeben sind, z.B. durch fehlende Kinderbetreuung oder Pflege von Angehörigen, so sollte auch hier die Belastung des Gleitzeitkontos nicht erfolgen, zumal gerade diese Gruppen, besonders gefordert durch Betreuung und Pflege, einen Ausgleich des Arbeitszeitkontos kaum bewältigen kann. In den vergangenen Wochen erfolgte hier die (zeitweise) Freistellung der Betroffenen. Dies sollte unseres Erachtens genau so beibehalten werden. Das „Hinwirken“ auf eine vorübergehende Reduzierung der Arbeitszeit würde diese Bedienstetengruppe, die bereits in besonderer Weise gefordert ist, zu allererst und zusätzlich benachteiligen, dies halten wir für unverhältnismäßig.

Letzte Corona-Verordnung der Landesregierung

Seit Monatsbeginn dürfen Kitas eingeschränkt wieder öffnen und auch die Grundschulen sind wieder für die Kinder der erste bis dritten Klasse geöffnet. Darüberhinaus haben die Bundesländer begonnen, viele Beschränkungen individuell und landesspezifisch zu lockern. Vorreiter sind in dieser Hinsicht die Bundesländer NRW und Thüringen. Die Hessische Landesregierung hat sich für einen (noch) restriktiveren Weg entschieden, der noch viele Kontaktbeschränkungen aufrecht erhält. Was seit Monatsbeginn und zunächst einmal bis zum 5. Juli Gültigkeit hat, findet sich unter den angegebenen Links:

Die zwölfte Überarbeitung der Verordnung vom 27. Mai:

<https://www.hessen.de/fuer-buerger/corona-hessen/verordnungen-und-allgemeinverfuegungen>

oder

<https://www.rv.hessenrecht.hessen.de/bshe/document/jlr-CoronaVKBBeschrVHEV3P2>

Neue Mitglieder in der Landesjugendleitung

Normalerweise hätte am 14. und 15. Mai 2020 der Landesjugendtag der dbb jugend hessen mit der Neuwahl der Landesjugendleitung stattgefunden. Aber was ist derzeit schon normal?

Wie viele andere Veranstaltungen musste daher leider auch der Landesjugendtag pandemiebedingt abgesagt werden. Einerseits ist es schade um die viele Arbeit, die seit mehreren Monaten in die Vorbereitung des gewerkschaftlichen Höhepunkts gesteckt wurde. Besonders bedauerlich ist es aber, dass wir nicht wie geplant mit den Fachjugendverbänden, befreundeten Gewerkschafter*innen und der Politik die Erfolge der letzten vier Jahre feiern und mit neuen Ideen, Impulsen und einem neuen Team in die nächste Amtszeit starten konnten.

Davon haben wir uns aber natürlich nicht demotivieren und bremsen lassen. Stattdessen wurden kurzerhand zwei digitale Landesjugendausschüsse organisiert und durchgeführt. Hier wurden die Weichen bis zum Landesjugendtag gestellt, der auf das Frühjahr 2021 verschoben wird.

Da drei Mitglieder der bestehenden Landesjugendleitung zum eigentlichen Ende der Amtszeit ihr Mandat niederlegten, wurden beim ersten der beiden Landesjugendausschüsse **Linda Müller**, **Manuel Luxenburger** und **Patrick Keller** verabschiedet. Auch an dieser Stelle gebührt den Dreien nochmal ein großer Dank für das Engagement in den letzten Jahren und die dbb jugend hessen wünscht ihnen weiterhin alles Gute! Die Abschiedsparty wird auf jeden Fall nachgeholt, wenn das Infektionsrisiko wieder herzliche Umarmungen und ausgelassenes Feiern zulässt.

Um bis zum Landesjugendtag nicht in dezimierter Zahl weiterzuarbeiten, wurden beim zweiten digitalen Landesjugendausschuss vier neue Mitglieder in die Landesjugendleitung gewählt, die schon seit einiger Zeit in die Arbeit der dbb jugend hessen reinschnuppern konnten. Als neue stellvertretende Vorsitzende sind nun **Andrés Velázquez-Castillo** (DSTG), **Janna Gall** (DVG) und **Manuela Heinrich** (VDStra.) mit dabei. **Lukas Schneider** (DVG) komplettiert die Landesjugendleitung als kooptiertes Mitglied. Die vier Nachgewählten ergänzen die Landesjugendleitung um **Julika Lückel**, **Matthias Berk**, **René Pfeiffer** und **Sebastian Riemland**.

Das neue Team freut sich sehr auf die weiterhin gute Zusammenarbeit innerhalb und außerhalb Hessens und blickt trotz der herausfordernden Umstände mit Vorfreude und Zuversicht auf die nächsten Monate.“

Jahrestag des Mordes an Walter Lübcke

Der Tod des Regierungspräsidenten Walter Lübcke jährte sich am Dienstag, 2. Juni, zum ersten Mal. Die Aufarbeitung und Aufklärung des feigen Verbrechens hat zwar begonnen, ist aber nicht abgeschlossen.

„Offenkundig wurde Walter Lübcke das Opfer einer völlig aus dem Ruder gelaufenen rechtsextremen Gesinnung und Szene. Nach den bisherigen Ermittlungen erweist sich die anfängliche Theorie, dass es sich um die Tat eines Einzelnen gehandelt hat, als falsch. Nicht nur, dass es Mittäter und/oder Gehilfen gegeben hat, sondern die mehr und mehr sich verdichtende Vermutung, dass konkrete Verbindungen zu der ganzen Szene bestanden, lassen die Tat im Nachhinein noch bestürzender wirken“, sagt der Vorsitzende des dbb Hessen, Heini Schmitt.

Auch angesichts der Morde in Hanau wiederholt Heini Schmitt deshalb seine Forderung von vor einem Jahr. „Es muss eine zentrale Aufgabe des Staates und unserer Gesellschaft sein, solche Entwicklungen zu stoppen.“

„Auch ein Jahr nach dem Mord an Dr. Walter Lübcke wird der Schmerz für seine Familie unermesslich groß sein. Deshalb sind wir auch an diesem 2. Juni 2020 wieder in Gedanken bei seiner Ehefrau, seinen Söhnen, seiner Familie. Vor allem Gedenken wir an diesem Tag mit großem Respekt dem Politiker Walter Lübcke, der stets für seine Überzeugungen eingestanden hat“, sagt Schmitt.

V.i.S.d.P.: dbb Hessen, Andreas Nöthen (Pressesprecher), Europa-Allee 103 (Praedium), 60486 Frankfurt

Mail: presse@dbb-hessen.de.

Aktuelle Nachrichten auch immer via Twitter: <https://twitter.com/dbbhessen> Folgen Sie uns!



dbb
vorteilswelt



dbb
vorsorgewerk
günstig • fair • nah